Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/4192

21. 10. 75

Sachgebiet 63

Antrag

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung betr. Vorschlag eines Beschlusses (EWG) des Rates betr. Änderung der Haushaltsordnung vom 25. April 1975 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften
— Drucksache 7/4003 —

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Unterrichtung durch die Bundesregierung betr. Vorschlag eines Beschlusses (EWG) etc. — Drucksache 7/4003 — wird zur Kenntnis genommen.

2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in Brüssel für eine umfassende Revision der Haushaltsordnung einzutreten.

   Ziel dieser Revision sollte die Wiederherstellung der Transparenz und Aussagekraft des EG-Haushalts sein, so daß daraus klar zu ersehen ist,

   — welche Ausgabebewilligungen der Kommission in jedem Haushaltsjahr zustehen und

   — welche Beträge infolgedessen in den jeweiligen Haushaltsjahren von den Mitgliedstaaten zu finanzieren sind.

   Als geeignete Maßnahmen hierfür kommen in Betracht:

   a) die generelle Aufgliederung der bisherigen Ausgabebewilligungen in

      — Zahlungsermächtigungen (für den Bedarf an tatsächlich kassenwirksamen Auszahlungsanordnungen) und

      — Verpflichtungsermächtigungen (für den Bedarf an bloßen Mittelbindungen),

   b) der grundsätzliche Verfall der am Ende des Haushaltsjahres nicht ausgenutzten Zahlungs- und Verpflichtungs-

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 56, Telefon (0 22 21) 36 35 51

ermächtigungen sowie die ausnahmsweise Übertragung dieser Ermächtigungen auf Grund einer positiven Zustimmung der Haushaltsinstanzen (Parlament und Rat). Übertragene Mittel sind grundsätzlich auf die laufenden Ausgabebewilligungen anzurechnen.

Bonn, den 15. Oktober 1975

Der Haushaltsausschuß

Leicht	**Carstens (Emstek)**
Vorsitzender	Berichterstatter